

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!

6 LÄNDERSTECKBRIEF
RUSSLAND

10 STRATEGIEN GEGEN
PANDEMIEN

11 ARE YOU READY
FOR BREXIT?

China und der neue Fünfjahresplan

Anders als in den westlichen Volkswirtschaften planen Länder wie China, Indien und auch Vietnam ihre volkswirtschaftlichen Aktivitäten mithilfe sogenannter Fünfjahrespläne. Die Weltöffentlichkeit wurde nun in einem Presse-Briefing von der chinesischen Staats- und Parteiführung über die Ziele des mittlerweile 14. Fünfjahresplans (2021 bis 2025) informiert. Für kleine und mittelständische deutsche Unternehmen ergeben sich dadurch – trotz steigendem Wettbewerbsdruck und zunehmenden internationalen Handelskonflikten – vor allem in den Bereichen Automatisierung, Umwelttechnik, Life Science, Maschinenbau und Automotive erhebliche Geschäftschancen. Aber auch bestimmte strukturelle Gegebenheiten werden sich verändern und einigen Einfluss auf ausländische Investoren haben.

Der noch laufende 13. Fünfjahresplan war entscheidend, um in China einen Anstieg des Lohnniveaus zu erreichen. Weitere Schwerpunkte waren der Kampf gegen die Armut, eine allseitige Öffnung, eine neue Urbanisierungsstrategie und die Transformation hin zu einem modernen Infrastrukturnetz. Vor dem Hintergrund der Handelsstreitigkeiten mit den USA und des globalen Wirtschaftsabschwungs durch die Corona-Pandemie strebt die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt nun mit dem 14. Fünfjahresplan vor allem nach größerer Selbstständigkeit vom Rest der Welt. Das Schlagwort, das in Verbindung mit dem neuen Fünfjahresplan bisher in den Medien am häufigsten zitiert wurde, ist sicherlich der „Doppelte Wirtschaftskreislauf“.



So sorgte Staatschef Xi Jinping bereits vor den Beratungen mit der kommunistischen Führung mit dem Satz „In China entsteht ein neues Wirtschaftsmodell: Ein System des Doppelten Wirtschaftskreislaufs“ für beträchtliches Aufsehen. Im Großen und Ganzen geht es darum, die wirtschaftliche Resilienz Chinas zu erhöhen („interner Wirtschaftskreislauf“). Das bedeutet, die Staatsführung will das Wachstum des heimischen Marktes stärker fokussieren, indem unter anderem der Binnenkonsum angekurbelt wird und das Lebensniveau der Bevölkerung steigen soll. Dieser Paradigmenwechsel, also die Abkehr von der reinen Exportfixierung, erklärt auch das starke mediale Echo.

Das Ziel einer stärkeren ökonomischen und technologischen Unabhängigkeit vom Ausland soll im Unterschied zur bisherigen Doktrin demnach auch über eine Stimulierung des Binnenmarktes erreicht werden. Neu ist dieses Modell sicherlich nicht, allerdings ein gravierender Richtungswechsel, der Herausforderungen, aber auch vielfältige Chancen für den deutschen Mittelstand mit sich bringt.

Reaktion auf Konflikt mit den USA

Denn die Vorstellungen der staatlichen Planer sind durchaus konkret. So sollen beispielsweise künftig Spezialbauteile, wichtige Rohstoffe sowie Know-how und Technologie-Patente möglichst aus China selbst kommen, im besten Fall gar von chinesischen Unternehmen. Diese Vorgaben können als Reaktion auf den anhaltenden Handelskonflikt mit den USA und das instabile Umfeld des Weltmarkts gesehen werden.

Das Land möchte künftig also besser vorbereitet sein, um auf zunehmende Handelsbeschränkungen und mögliche Sanktionen flexibler reagieren zu können. Prominente Beispiele wie Huawei oder die beliebte Video-App TikTok von ByteDance sind stark von amerikanischen Sanktionen betroffen. Die Schwierigkeiten, die für diese Technologieanbieter dadurch entstanden sind, haben die Verwundbarkeit des chinesischen Wirtschaftsmodells in einigen Bereichen offengelegt.

Es klingt paradox, aber es scheint, als würden ausgerechnet die USA durch ihr Sanktionsregime dafür sorgen, dass China seinen industriepolitischen Fokus noch stärker auf den heimischen Tech-Sektor legt und sich nun bemüht, internationale Abhängigkeiten zu reduzieren. Ein Spiel

mit offenem Ausgang. Dennoch hat, getreu der Devise „never change a running system“, auch das exportorientierte Wirtschaftsmodell seinen Platz im neuesten Fünfjahresplan.

Klares „Ja“ zum internationalen Handel

Diesem sogenannten „externen Wirtschaftskreislauf“ kommt künftig aber eine andere Rolle zu. Es gibt weiterhin ein klares „Ja“ zum internationalen Handel und zu Investitionen aus dem Ausland, allerdings sollen sie neben dem internen „wirtschaftlichen Hauptmotor“ stehen. Das hat einen praktischen Hintergrund:

Immerhin ist China bereits amtierender Exportweltmeister. Das Ausland bleibt dennoch ein wirtschaftlicher Eckpfeiler – Investitionen, Expertenwissen und Spezialbauteile aus anderen Staaten sind auch in Zukunft willkommen – und werden wahrscheinlich auch nötig sein.

Losgelöst von industrie- und handelspolitischen Zielsetzungen fokussiert der 14. Fünfjahresplan mit dem Programm „China Standards 2035“ aber auch auf weitere und längerfristige Ziele. Mit dieser Agenda will das Reich der Mitte künftig die Industriestandards unter anderem im Bereich Künstliche Intelligenz und Internet der Dinge setzen.

„Vielfältige Geschäftschancen für europäische KMU“

Interview mit Jiawei Wang LL.M., Partner und Head of China Practice Group Stuttgart bei Rödl & Partner

VR International: Wie wirkt sich der 14. Fünfjahresplan auf den Marktzugang europäischer KMU aus?



Jiawei Wang: Chinas neuer Fünfjahresplan kann sicherlich in Teilen als eine Reaktion auf den Handelskrieg mit den Vereinigten Staaten unter (Noch-)Präsident Donald Trump verstanden werden. Dieser Konflikt wird sich – auch wenn mit Joe Biden im Januar ein diplomatischer Präsident ins Weiße Haus einzieht – aller Voraussicht nach nicht in Luft auflösen. Der Plan sollte aber nicht auf diesen Aspekt reduziert werden, denn er reicht in seinen Zielen und Vorgaben darüber hinaus. Dennoch erwarte ich, dass europäische Firmen von dem Vakuum, das die Trump-Administration in den internationalen

Handelsbeziehungen hinterlässt, stark profitieren werden. Dass ausländische Direktinvestitionen und deutsches Know-how in China weiterhin willkommen sind, zeigen die Ziele des neuen Fünfjahresplans deutlich.

VR International: Welche Branchen sind die größten Profiteure?

Jiawei Wang: Chinas Pläne, ein nachhaltigeres und innovationsgetragenes Wachstumsmodell zu entwickeln, bergen vielfältige Geschäftschancen. Das gilt beispielsweise für die Bereiche Umwelttechnik, Energieeffizienz und Recycling. Da die chinesische Regierung das Land bis 2060 komplett CO₂-neutral machen will, benötigt sie dafür geeignete Green Technology. Und gerade in diesem Bereich sind europäische Firmen besonders gut aufgestellt. Aber auch der Automotive-Sektor wäre hier zu nennen. Der chinesische Automobilmarkt ist und bleibt weltweit die Nummer eins. Gerade für die vielen deutschen Hidden Champions ist das Land als Absatzmarkt daher weiterhin unverzichtbar.

VR International: Stichwort Lokalisierungsgrad: Müssen KMU ihre bisherige Strategie überdenken?

Jiawei Wang: Es zeichnet sich ab, dass der Druck auf ausländische Hersteller, ihre Lokalisierungsrate in China zu erhöhen, zunehmen wird. Eine Remote-Control-Bearbeitung wird bald nicht mehr ausreichen, um den immer anspruchsvoller werdenden chinesischen Kundenwünschen gerecht zu werden. Chinesischen Produzenten punkten zunehmend mit schnellen Lieferungen und einer klaren Kundenorientierung. Diese neue Konkurrenzsituation erzeugt für die KMU einen erhöhten Anpassungsdruck, dem sie gerecht werden müssen, um auf dem chinesischen Binnenmarkt weiter erfolgreich zu sein.

Eine weitere Veränderung hat sich bei der Gewichtung des Bruttoinlandsprodukts ergeben. Die Ära, in der nur das Wachstum zählte, scheint zu enden und das BIP wurde, obwohl es auch im 14. Fünfjahresplan zu den Hauptzielen gehört, in seiner Bedeutung heruntersetzt. Künftig rückt das „qualitative“ Wirtschaftswachstum statt der reinen Wachstumsgeschwindigkeit in den Vordergrund. Ein Anlass dafür ist, dass die chinesische Wirtschaft – wie viele andere Volkswirtschaften – durch die Covid-19-Krise eine strukturelle Verlangsamung erfährt.

Auf administrativer Ebene könnte der neue Fünfjahresplan eine striktere Einhaltung der Umsetzungsrichtlinien ein obligatorischer Kurs für die Provinz-, Lokal- und Stadtregierungen zur Folge haben. Das hat auch Auswirkungen für Investoren. So stellen beispielsweise die „Maßnahmen zur Behandlung von Beschwerden von ausländisch investierten Unternehmen“, die seit dem 1. Oktober in Kraft sind, aus Sicht der Betroffenen einen Schritt in die richtige Richtung dar. Auf dieser Grundlage soll ausländisch investierten Unternehmen jedoch nicht nur eine Plattform für Beschwerden geboten werden. Es soll zudem ein Forum

für Verbesserungsvorschläge entstehen, die nachhaltig von den Behörden bearbeitet werden.

Fazit: China will künftig einen Mittelweg gehen - keine komplette Öffnung, aber auch keine Autarkie. In Zeiten eines zunehmenden globalen Protektionismus kann dieser Weg nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden. Für deutsche Unternehmen bleibt damit eine wichtige Produktionssphäre und ein enormer Absatzmarkt erhalten, der künftig teilweise sogar um neue Felder und Möglichkeiten erweitert wird.



News inside: DZ BANK German Desk New York

Die „blaue Welle“ blieb letztlich aus

Viele von den demokratischen Parteihängern hatten sich eine „blaue Welle“ (blau ist die Parteifarbe der Demokraten) gewünscht bzw. erhofft – d.h. ein klarer und überwältigender Sieg des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden, der ihn schon am Wahlabend als nächsten Präsidenten der USA bestätigt, die Mehrheit im Senat zurückerobert und die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus festigt. Auch wenn die finalen Ergebnisse noch länger nicht feststehen, eines ist klar: Einen erhofften überragenden Sieg haben weder die Demokraten noch die Republikaner erzielt. Joe Biden hat in einigen Staaten nicht so stark abgeschnitten, wie es in Umfragen erwartet worden war. In einigen wahlentscheidenden Staaten haben sich Amtsinhaber Trump und Joe Biden sogar ein Kopf-an-Kopf Rennen geliefert. Zwar zweifelt Trump das Wahlergebnis an, aller Voraussicht nach wird Biden dennoch der 46. Präsident der Vereinigten Staaten. Als Präsident wird er aber wohl nicht „durchregieren“ können. Denn während die Demokraten das Repräsentantenhaus verteidigen konnten, bleibt der Senat wahrscheinlich in der Hand der Republikaner (eine in Georgia nötige Stichwahl am 5. Januar könnte aber noch zu einer Patt-Situation im Senat führen).

Daher wird Biden gezwungen sein, Kompromisse zwischen den beiden Häusern zu finden, was die Durchsetzung seiner Prioritäten erschweren wird.

Das bedeutet auf der einen Seite, dass die Staatsausgaben in den nächsten Jahren wohl nicht ganz so stark steigen werden, wie Biden es in Aussicht gestellt hat: Mit enormen Summen will er eigentlich die Infrastruktur wieder fit machen, Bildungseinrichtungen stärken und eine erschwingliche und für alle zugängliche Gesundheitsversorgung sicherstellen. Auch die Wirtschaft soll direkt profitieren, zum Beispiel durch viel staatliches Geld für Forschung und Entwicklung. Bei diesen Plänen wird Biden wohl Abstriche machen müssen.

Auf der anderen Seite dürften aber auch die von Biden geforderten Steuererhöhungen für Unternehmen und Besserverdiener deutlich milder ausfallen als im Wahlkampf angekündigt. Denn dabei handelt es sich vor allem um Forderungen des linken Flügels der Demokraten, die bei den Republikanern auf schweren Widerstand stoßen dürften.

Was heißt das für die Konjunktur in den USA in den nächsten beiden Jahren? Wahrscheinlich nicht viel. Wichtig ist vor allem, dass sich Demokraten und Republikaner schnell auf ein neues Konjunkturprogramm einigen,

über dessen Höhe und Ausgestaltung ja vor der Wahl heftig und erfolglos gestritten wurde. Denn die positiven Effekte der Konjunkturmaßnahmen vom Frühjahr laufen aus und im laufenden Schlussquartal 2020 dürfte das Wirtschaftswachstum insgesamt stark abbremsen.

Die große Unbekannte scheint dabei die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie zu spielen. Nachdem die USA im November neue Rekorde bei den Neuinfektionen berichten mussten, wird es wichtig sein, diese Entwicklung nicht völlig außer Kontrolle geraten zu lassen – ansonsten bergen neue Lockdown-Maßnahmen ein erhebliches Konjunkturrisiko.

Oliver Hildenbrand (unter Mitarbeit von Alexander Buhrow, Economist, DZ BANK Research)

Kontakt

Oliver S. Hildenbrand, CFA
Head of German Desk
Deputy General Manager
DZ BANK AG
New York Branch



Tel.: 001 212 745-1505
E-Mail: Oliver.Hildenbrand@dzbank.de

Gute Absatzchancen für Solaranlagen in Portugal

Portugal besitzt ein hohes natürliches Potenzial für Solarenergie. Dazu kommt noch ein starker politischer Wille hinsichtlich des Ausbaus erneuerbarer Energien, welcher auch ein Teil der Erholungsstrategie für die Wirtschaft des Landes ist. Im EU-Vergleich gehört Portugal zu den Ländern mit relativ hohen Stromtarifen, daher ist die Ausgangslage für Photovoltaik äußerst positiv. Der Anteil der Solarstrom-Kapazitäten am Energiemix ist allerdings gering, daher besteht noch großes Ausbaupotenzial. Gute rechtliche Rahmenbedingungen hinsichtlich der Selbstversorgung und für den Zusammenschluss von Energiegemein-

schaften sowie geringe Eintrittsbarrieren in den Markt sind für deutsche Anbieter sehr attraktiv. Ein großes Wachstumspotenzial besteht auch bei Solarthermie, welche etwa zu Heizungszwecken oder für den Antrieb von Luftentfeuchtern und Klimaanlage zum Einsatz kommt. Staatliche Ausschreibungen sind in hoher Zahl vorhanden. Im Fokus stehen dabei große Freiflächenanlagen, die wegen ihrer hohen Kapazitäten am stärksten ins Gewicht fallen. Erfolgreiche Bieter können entweder Stromabnahmeverträge mit Endkunden oder mit Vertriebspartnern abschließen.

Deutsche Produkte genießen in Portugal einen sehr guten Ruf. Unternehmen, die dort tätig werden wollen, wird empfohlen, sich Unterstützung bei der Finanzierung zu suchen. Ein lokaler Ansprechpartner ist dabei von großer Hilfe.



Weitere Informationen:
<https://www.ccila-portugal.com/>

Vietnams Windenergie-Markt ist sehr attraktiv

Derzeit befinden sich in Vietnam viele Windparks in Planung oder sind bereits in der Bauphase. In die derzeit aktuelle Energieplanung wurden insgesamt 91 neue Projekte mit einer Gesamtkapazität von 7.000 MW aufgenommen. Deutsche Unternehmen haben über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg sehr gute Geschäftsmöglichkeiten. Denn besonders die lokalen Entwickler haben in der Regel nur wenig Erfahrung und Know-how, was die Realisierung von Windkraftprojekten anbelangt. Bei komplexeren Windkraftkomponenten besteht daneben kaum eine eigene Produktion im Land. Schnelle Leistungen und guter Service werden von vietname-

sischen Käufern von den Zulieferern erwartet, sagen Landeskenner. Häufig wird auch gewünscht, dass sie Finanzierungen mitbringen. Projekte werden derzeit mit großer Geschwindigkeit vorangetrieben, denn noch bis zum 30. November 2021 gilt ein besonders attraktiver Einspeisetarif: Dieser sichert für 20 Jahre eine Vergütung von 8,5 Dollar-Cent je kWh für Onshore-Strom und 9,8 Cent je kWh für Offshore-Einspeisung zu. Technische Berater für Energiefragen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sehen gute Entwicklungsmöglichkeiten für diese Form der Energiegewinnung.

Windkraft ist zwar bislang teurer hinsichtlich Konstruktion und Betrieb als Solarkraft, jedoch in Bezug auf Grund- und Bodenrechte auch leichter umsetzbar. Die Exportinitiative Energie des BMWi unterstützt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen aus den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, intelligente Netze und Speicher bei der Erschließung von Auslandsmärkten.



Weitere Informationen:
<https://www.giz.de>

Russlands Produktionsbetriebe müssen Emissionen senken

Staatliche Auflagen zwingen Russlands Produktionsbetriebe dazu, ihre Emissionen zu senken. Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) wirbt für deutsche Umwelttechnik und hat mit "Germantech" eine Online-Datenbank aufgebaut, die deutsche Technologien und Projekte vorstellt. Die Initiative zielt darauf ab, das in Deutschland vorhandene Knowhow im GreenTech-Bereich zu „exportieren“, um nachhaltige Entwicklung weltweit zu unterstützen,

Technologieanwendungen und einheitliche Umweltstandards zu befördern und geeignete Voraussetzungen für die erfolgreiche und nachhaltige Anwendung von „Umwelttechnologien – Made in Germany“ zu schaffen. Die Informations- und Technologieplattform "Germantech" dient der Vernetzung von deutschen und russischen Unternehmen aus der Abfallbranche und ist Teil der Exportinitiative Umwelttechnologien. Russische Unternehmen können

sich hier über Erfahrungen und Technologien, die in der deutschen Abfallwirtschaft zum Einsatz kommen, informieren. Gleichzeitig gibt "Germantech" deutschen Firmen, die nach Russland streben, einen Überblick über die Entwicklungen auf dem russischen Markt.



Weitere Informationen:
<https://russland.ahk.de>

Corona-Krise: Auswirkungen auf Dokumenteninkassi

Die Corona-Pandemie hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Durchführung von Dokumenteninkassi, mit denen im Exportgeschäft Forderungen besichert werden. Denn der Geschäftsbetrieb der Banken und somit die Abwicklung eines Dokumenteninkassos können hiervon ebenfalls betroffen sein. Was bedeutet das für den Exporteur, wenn er mit dem Importeur ein Dokumenteninkasso zur Zahlungssicherung vereinbart hat?

Es leuchtet schnell ein, dass die Corona-Pandemie die Durchführung eines Dokumenteninkassos erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen kann, wenn man sich den Ablauf eines Dokumenteninkassos einmal vor Augen führt. Dabei reicht der Exporteur als Inkassoauftraggeber die zum Inkasso vorgesehenen Dokumente bei seiner Bank, der Einreicherbank, ein. Diese leitet sie dann über die Inkassobank weiter und diese wiederum an die vorlegende Bank, die die Dokumente dem Importeur im Ausland vorlegt. Die Vorlage erfolgt Zug um Zug gegen Zahlung oder Akzept.

An einem Beispielsfall kann die Problematik leicht verdeutlicht werden: Die A-GmbH ist Kunde der Volksbank Überall und verkauft Ventile an einen Zwischenhändler in Brasilien, die B-Limitada (Ltda). Verkäufer und Käufer unterhalten eine längere Geschäftsverbindung, man kennt sich gut und vertraut grundsätzlich einander. Aber dennoch möchte die A-GmbH mit ihrer Leistung nicht in Vorleistung treten. Deshalb einigt sie sich mit der B-Ltda auf ein Dokumenteninkasso.

Die A-GmbH muss die Dokumente im ersten Schritt bei ihrer Hausbank einreichen. Die Stadt Überall befindet sich in einem Corona-Hotspot-Gebiet und dort ist ein Teil-Lockdown verhängt worden. Die Volksbank Überall bleibt geöffnet, muss aber ihre Geschäftsabläufe Corona-bedingt anpassen. Dennoch wird dies im Ergebnis unproblematisch sein, weil die Einreichung bei der Bank trotzdem vorgenommen werden kann, ein Teil der Dokumentenabteilung vor Ort ist und somit den Weiterversand der Dokumente vornehmen kann.

Das eingeschaltete Dienstleistungsunternehmen zur Beförderung der Dokumente arbeitet, wenn auch mit Einschränkungen, sodass scheinbar alles seinen normalen Lauf nehmen kann. Aber die Volksbank Überall denkt natürlich im Interesse ihrer Kunden weiter. Da nicht auszuschließen ist, dass Banken im Ausland, an die die Dokumente

weitergeleitet werden müssen, möglicherweise ihren Betrieb Corona-bedingt zumindest zeitweise einstellen müssen, können sich zwangsläufig Auswirkungen auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus Dokumenteninkassi ergeben. Brasilien dürfte insoweit kritisch zu sehen sein. Jetzt ist das Know-how der Volksbank Überall gefragt.

Auswahl der Inkassobank

Aufgrund der möglichen Störung des Geschäftsbetriebs von Banken im Ausland infolge der Corona-Pandemie ist es empfehlenswert, dass der Exporteur und die Einreicherbank die in den Inkassovorgang einzuschaltende Inkassobank oder vorlegende Bank danach auswählen, ob diese dem Importeur die Dokumente auch tatsächlich vorlegen können, um von ihm eine Zahlung oder ein Akzept entgegenzunehmen.

Unsere neue Serie: Learnings aus der Krise (Teil 4)

Der Exporteur kann die Einreicherbank anweisen, sich vor der Versendung der Dokumente mit der Inkassobank in Verbindung zu setzen und sich dies von ihr bestätigen zu lassen. Da die Bank ihre Kunden natürlich auch in diesem Punkt unterstützen möchte, wird sie ihnen auch unabhängig von einer solchen Weisung sicherlich einen entsprechenden Tipp geben.

Elektronischer Versand

Wenn die Einreicherbank einen von dem Exporteur erhaltenen Inkassoauftrag unerwartet tatsächlich nicht an eine Inkassobank weiterleiten kann, kann davon ausgegangen werden, dass sie unverzüglich neue Weisungen von ihm einholen wird. Eine Möglichkeit besteht etwa darin, die Papierdokumente auf der Grundlage einer

entsprechenden Vereinbarung mit dem Kunden elektronisch per Scan, Fax oder E-Mail an die Inkassobank oder vorlegende Bank zu versenden.

Elektronische Dokumente

In der Corona-Krise gelangen darüber hinaus Dokumente in rein elektronischer Form an Bedeutung, die einfacher weitergeleitet oder zur Abrufung bereitgestellt werden können. Die Volksbank Überall kann ihren Kunden auf die Möglichkeit einer elektronischen Inkassoabwicklung hinweisen, wenn die tatsächlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, was im Einzelfall zu prüfen ist. Mit dem Anhang zu den Einheitlichen Richtlinien für Dokumenteninkassi für die Vorlage elektronischer Dokumente steht ein geeignetes Regelwerk hierfür zur Verfügung.

Halten der Dokumente

Sind die vorgenannten Maßnahmen im Einzelfall nicht zweckdienlich, kann der Exporteur mit seiner Hausbank vereinbaren, dass diese die Dokumente für ihn hält, bis diese weitere Weisungen erhält bzw. ein Dokumentenversand und eine Dokumentenvorlage bei dem Importeur wieder stattfinden können. Das hat für den Bankkunden den Vorteil, dass seine Hausbank ein Auge darauf hält, wann ein Inkasso wieder möglich ist.

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei NEUSSELMARTIN Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
Tanusstr. 72,
(Rheinkai 500)
55120 Mainz
Tel.: 06131 624 71 70
k.vorpeil@neusselmartin.de
www.neusselmartin.de



RUSSLAND

Russland liegt im östlichen Teil Europas und nördlichen Teil Asiens und stellt mit einer Ausdehnung über 17,1 Mio. Quadratkilometer den mit Abstand größten Flächenstaat der Erde dar. Das Land verfügt über elf Zeitzonen und fungiert angesichts seines 19%igen Anteils an den weltweiten Gasreserven als wichtigster Energielieferant Deutschlands.

Abgeordneten bestehenden Föderationsrat zusammen, der die Interessen der russischen Regionen wahrnimmt.

Zu Jahresbeginn 2020 wurden durch Präsident Putin verschiedene weitreichende Vorschläge für Verfassungsänderungen in die Duma eingebracht, die u.a. das Recht zur Berufung von Premier, Vizepremiers und Ministern auf die Duma verlagern und der russischen Verfassung Vorrang vor internationalen Gesetzen einräumen sollten. Um Putin freie Hand für seine

Referendum 78,6% aller Wahlberechtigten den Verfassungsänderungen zustimmten, könnte Putin ggf. bis 2036 im Amt bleiben. Außenpolitisch ist Russland seit 2014 aufgrund der Annexion der Krim und der militärischen Unterstützung prorussischer Separatisten im Osten der Ukraine weitreichenden Sanktionen der EU und der USA unterworfen, die seitens der EU bis zum 31. Januar 2021 verlängert wurden. Neben eingeschränkten Refinanzierungsmöglichkeiten staatsnaher russischer



Politische Lage

Seit 1993 ist Russland als föderale Präsidialrepublik mit einem Zwei-Kammer-Parlament organisiert, bei der der zuletzt im März 2018 für sechs Jahre wiedergewählte Staatspräsident Vladimir Putin über weitreichende exekutive Vollmachten verfügt. So hat er neben seiner Funktion als Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte u.a. auch die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Beschlüsse und Anordnungen der Regierung aufzuheben. Das ihm zur Seite stehende Zwei-Kammer-Parlament setzt sich aus der Staatsduma (Volksvertretung, die 450 Abgeordnete mit einer fünfjährigen Amtszeit umfasst) sowie dem aus 170

Reformen zu geben, erklärte der bisherige Premier Medwedew am 15. Januar den Rücktritt seiner Regierung und wurde bereits am Folgetag durch Michail Mischustin als neuen Regierungschef ersetzt.

Nachdem Anfang März ein weiteres umfangreiches Paket mit Verfassungsänderungen in die Duma eingebracht worden war, wurde am 10. März im Rahmen einer Parlamentssitzung der Vorschlag formuliert, bei Inkrafttreten der in wesentlichen Teilen modifizierten Verfassung die bisherigen Amtszeiten Putins nicht zu berücksichtigen und ihm hierdurch zwei weitere Amtszeiten zu ermöglichen. Da Duma, Föderationsrat und Verfassungsgericht im gleichen Monat grünes Licht gaben und bei einem im Juni durchgeführten

Banken an westlichen Finanzmärkten zählen hierzu u.a. Finanzsanktionen für russische Personen und Organisationen sowie Exportverbote für Rüstungsgüter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck (sogenannte Dual-Use-Güter).

Die fünf größten Geschäftsbanken (Bilanzsumme per 31.12.2019 in Mrd. EUR)

Sberbank of Russia	430,8
VTB Bank	223,1
Gazprombank	94,6
JSC Alfa-Bank	53,9
JSC Russian Agricultural Bank	46,2

Quelle: Orbis Bank Focus; Moody's

Da ein möglicher Beitritt der Ukraine zu EU oder NATO Russlands Interessen zuwiderläuft, dürfte sich eine finale Lösung des Ukraine-Konflikts auf absehbare Zeit schwierig gestalten. Außenpolitische Brisanz entfaltet zudem die mutmaßliche Vergiftung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny, die politische Forderungen nach einer vollständigen Einstellung des Pipeline-Projekts Nord Stream 2 ausgelöst hat. Angesichts geopolitischer Spannungen mit der EU und den USA wurde im Jahr 2015 die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) ins Leben gerufen, die über einheitliche Zoll-Außengrenzen verfügt und ihren Mitgliedsstaaten den freien Verkehr von Waren, Kapital und Dienstleistungen sowie die Freizügigkeit von Arbeitnehmern ermöglichen soll. Neben Russland gehören der EAWU Armenien, Kasachstan, Kirgisistan sowie Weißrussland an. Ergänzend strebt Russland eine weitere Vertiefung seiner wirtschaftlichen Beziehungen mit China an, das seit 2010 wichtigster Handelspartner des Landes ist und im vergangenen Jahr für 12,9% aller Exporte verantwortlich zeichnete. Vorgesehen sind hierbei u.a. verstärkte Gaslieferungen, um die hohe Exportabhängigkeit Russlands ggü. der EU zu reduzieren sowie eine Entdollarisierung der Handelsbeziehungen beider Staaten zum Schutz gegen weitere US-Sanktionen.

Wirtschaftsstruktur

Aufgrund als gesichert geltender Erdöl- und Erdgasvorkommen von 14,7 Mrd. Tonnen bzw. 38 Bil. Kubikmeter stellt Russland hinter den USA den weltweit zweitgrößten Erdöl- und Erdgasproduzenten dar und verfügt daneben über beträchtliche Vorkommen an Steinkohle, Eisenerzen, Metallen der Seltenen Erden sowie Gold. Die Exportstruktur des Landes ist daher wesentlich durch Erdöl und Erdgas geprägt, die in 2019 mit einem 62%igen Anteil wichtigste Exportgüter waren und 39% der gesamten Staatseinnahmen erbrachten.

Da in diesem Jahr aufgrund des zeitweiligen Ölpreiskriegs zwischen Saudi-Arabien und Russland sowie der weltweiten Corona-Pandemie die Erdölpreise jedoch deutlich einbrachen und im Rahmen eines per April vereinbarten OPEC+-Abkommens Förderkürzungen zur Stabili-

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (in Prozent)			
Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2017	1,8	3,7	-1,5
2018	2,5	2,9	2,6
2019	1,3	4,5	1,8
2020p	-5,7	3,4	-4,3

p = Prognose
Quellen: Economic Intelligence Unit

Entwicklungen in der Außenwirtschaft (in Mrd. USD)			
Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2017	2,0	26,0	356,1
2018	6,9	13,3	381,6
2019	3,8	31,8	444,0
2020p	1,8	-1,6	447,4

p = Prognose
Quellen: Economic Intelligence Unit, Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt

sierung des Ölpreises vereinbart wurden, wird für 2020 mit Mindereinnahmen in einer Größenordnung von 165 Mrd. USD gerechnet.

Aufgrund gestiegener Ausfuhren und eines spürbaren Preisanstiegs bei Gold konnte Russland im 2. Quartal 2020 sogar höhere Exporterlöse mit Gold als mit Erdgas erzielen - eine Konstellation, die zuletzt 1994 aufgetreten war. Um die hohe Exportabhängigkeit von Erdöl und Erdgas zu verringern, sollten ursprünglich im Rahmen des Natio-

nen Projekts "Internationale Kooperation und Export" die Ausfuhren von Industriegütern mit Schwerpunkt auf Chemierzeugnissen, Arzneimitteln sowie Maschinen und Produkten der Holzverarbeitung bis 2024 auf 205 Mrd. USD gesteigert werden. Ergänzend waren Einnahmen von weiteren 200 Mrd. USD durch den Verkauf land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie den Export von Dienstleistungen (Transport, Tourismus, IT- und Finanzdienstleistungen) vorgesehen.



Moskau, die kosmopolitische Hauptstadt Russlands, liegt im Westen des Landes und wird von der Moskwa durchflossen. Im historischen Stadtzentrum befindet sich der Kreml.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Russland (in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2016	21.508	26.470	-4.962
2017	25.751	31.374	-5.623
2018	25.876	35.985	-10.109
2019	26.536	31.237	-4.701

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Außenhandel, Fachserie 7

Aufgrund der schwierigen konjunkturellen Situation wurde die Erreichung o.g. Ziele zwischenzeitlich jedoch bis 2030 zurückgestellt. Große strukturelle Herausforderungen Russlands bilden die hohe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und in strukturschwachen Gebieten wie Inguschetien, der beträchtliche Anteil der Schattenwirtschaft (diese entsprach 2018 inoffiziellen Angaben zufolge 44,7% des BIP) sowie die signifikante Abhängigkeit von ausländischer Technologie (beispielsweise zur Erschließung und Förderung von Rohstofflagerstätten).

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Nachdem Russlands BIP bereits in 2019 lediglich um magere 1,3% zugenommen hatte, wird für dieses Jahr aufgrund des Ölpreisverfalls und der Corona-Pandemie mit einem markanten Rückgang um 5,7% gerechnet. Trotz zeitweiligen Lockdowns wies Russland im August diesen Jahres die weltweit vierthöchste Zahl an Covid-19-Erkrankten auf und ist - insbesondere im Bereich klein- und mittelständischer Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit dünner Kapitaldecke - von einer Pleitewelle bedroht. Branchenvertretern zufolge stehen in zehn besonders stark von der Krise betroffenen Wirtschaftszweigen (hierzu zählen u.a. der Tourismus sowie die Gastronomie und Hotellerie) ohne zusätzliche Staatshilfen mehr als 70% der Unternehmen vor dem Bankrott, wodurch mehr als 5 Mio. Arbeitsplätze gefährdet sind.

Da rückläufigen Exporterlösen aus Erdöl, Mineralölprodukten und Erdgas (Rückgang im 1. Halbjahr 2020 um 35% auf 121,4 Mrd. USD) zusätzliche Ausgaben zur Milderung der Coronafolgen in Höhe von 5 Bil. RUB gegenüberstehen,

wird für 2020 ein Haushaltsdefizit von 4,3% des BIP erwartet. Naturgemäß ist hiermit auch ein merklicher Anstieg der Staatsverschuldung auf 19,6% des BIP

Das sagen die Experten

Russland wurde zwar von der Covid-19-Pandemie stark getroffen, die Rezession wird aber voraussichtlich glimpflicher als in den EU-Ländern ausfallen. Das liegt einerseits an der guten Ausgangslage: Russland hat die niedrigste Staatsverschuldung - in Relation zum BIP - unter allen G20-Ländern, sehr hohe Leistungsbilanzüberschüsse und - nicht zuletzt - eine Netto-Gläubiger Position gegenüber dem Ausland. Zum anderen soll ein umgerechnet rd. 70 Mrd. EUR schweres Konjunktur- und Reformprogramm („nationaler Aktionsplan“) positive Impulse setzen.

Nach einem rd. 15%igen Einbruch der deutschen Exporte nach Russland im lfd. Jahr (1-8/2020) wird sich der Trend im kommenden Jahr höchstwahrscheinlich umkehren. Da über 90 Prozent der Exportgüter, die aus Deutschland nach Russland exportiert werden, von den EU-Sanktionen nicht betroffen sind, können diese Exporte abgesichert und finanziert werden. Für größere Volumina und insbesondere längere Laufzeiten stehen unverändert auch die Bundesdeckungen („Hermes-Deckungen“) zur Verfügung: So hat die Bundesregierung in 2019 (über Euler Hermes) deutsche Exporte nach Russland in Höhe von 1,84 Mrd. EUR sowie im ersten Halbjahr 2020 über 1,08 Mrd. EUR abgesichert. Gleichzeitig bleibt das Russlandgeschäft im Umfeld steigender regulatorischer und insb. gestiegener Compliance-Anforderungen weiterhin herausfordernd.

Die DZ BANK sichert und finanziert - insbesondere unter Einbindung von russischen Partnerbanken - fortlaufend deutsche Exporte nach Russland.

*Piotr Napolski und Dennis Sigitoff, Abteilungsdirektoren, DZ BANK AG,
Strukturierte Finanzierung - Financial Institutions*

verbunden, die jedoch im internationalen Vergleich weiterhin niedrig ausfällt. Zur Finanzierung des Haushaltsdefizits will die russische Regierung rd. 2 Bil. RUB aus dem Nationalen Wohlfonds entnehmen und ergänzend OFZ-Bonds begeben. Zudem soll zu Jahresbeginn 2021 u.a. der Einkommensteuersatz für natürliche Personen mit Einkommen von mehr als 5 Mio. RUB von 13% auf 15% erhöht werden, wodurch Steuereinnahmen von 60 Mrd. RUB generiert werden. Dieser Schritt markiert eine Abkehr der russischen Regierung von

der bisherigen 13%igen Flat Tax hin zu einer progressiven Einkommensbesteuerung. Die Auslandsverschuldung Russlands dürfte in diesem Jahr zwar auf 518,2 Mrd. USD wachsen, entspräche jedoch selbst dann noch immer vertretbaren 35,6% des BIP. Wichtige Aktivposten Russlands bilden sein hoher Bestand an Währungs- und Goldreserven, der infolge steigender Goldpreise bis Ende 2020 auf 564,2 Mrd. USD zulegen dürfte sowie der National Wealth Fund, dem sämtliche den Ölpreis von 42,4 USD pro Barrel übersteigenden Einnahmen zugeführt werden. Da dessen Reserven im Zeitraum von August 2019 bis August 2020 spürbar auf 176,64 Mrd. USD zunahmen und

12,1% des für 2020 erwarteten BIP entsprachen, weist Russland eine solide Liquiditätssituation auf.

Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und zur EU

Die im Jahr 2014 durch die EU verhängten Sanktionen zogen naturgemäß auch eine merkliche Eintrübung des deutsch-russischen Verhältnisses nach sich und ließen im Folgejahr das bilaterale Handelsvolumen um 23,9% einbrechen.

Als Gegenreaktion untersagte Russland im August 2014 die Einfuhr zahlreicher Lebensmittel aus der Europäischen Union und setzte in verschiedenen Bereichen wie der Landwirtschaft oder der Nahrungsmittelproduktion auf eine Politik der Importsubstitution und Lokalisierung, durch die das Land bei Geflügel- und Schweinefleisch eine weitgehende Eigenversorgung erreichte.

Auch wenn China bereits seit zehn Jahren den wichtigsten Handelspartner Russlands darstellt, fungiert Deutschland mit einem 10,3%igen Anteil als zweitwichtigstes Lieferland. Dahinter folgen die Niederlande, die aufgrund des Rotterdamer Hafens als Umschlagplatz für russische Rohstofflieferungen eine wichtige Rolle spielen.

Trotz der wachsenden Bedeutung Chinas bleibt die EU auch nach dem Brexit Russlands bevorzugter Handelspartner. So hatten die 27 Länder der EU (ohne Großbritannien) im vergangenen Jahr einen 39%igen Anteil am russischen Außenhandel und zeichneten für 34,7% aller Importe bzw. 41,6% aller Exporte verantwortlich.

Aussichten

Russlands Wirtschaft ist trotz Diversifizierungsbestrebungen in einem unverändert hohen Umfang von Erdöl- und Erdgasexporten abhängig, die in diesem Jahr aufgrund der Coronakrise und Förderbeschränkungen deutlich zurückgehen dürften. Negativ wiegen daneben die hohe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und in strukturschwachen Gebieten, die aufgrund von Covid-19 weiter zunehmen und gesellschaftliche Spannungen vertiefen dürfte. Positive Aspekte bilden Russlands unverändert niedrige öffentliche Verschuldung, seine hohen Fremdwährungsreserven sowie die Möglichkeit, durch Entnahmen aus dem National Wealth Fund konjunkturfördernde Maßnahmen ohne Schuldenaufnahmen finanzieren zu können.

Entscheidend für die wirtschaftliche Lage des Landes bleibt jedoch die Entwicklung des Ölpreises, die wesentlich von der Fortdauer der Corona-Krise abhängt und daher schwer zu prognostizieren ist. Zur Planung des Staatshaushalts für die kommenden drei Jahre hat das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung Mitte September 2020 eine neue Konjunkturpro-

Hauptimportgüter Russland (in Prozent der Gesamteinfuhr)

Maschinen & Anlagen	45,6
Chemische Erzeugnisse	17,3
Nahrungsmittel	12,0
Metalle & Metallerzeugnisse	7,0

Quelle: Economic Intelligence Unit

gnose präsentiert, die deutlich positiver ausfällt als die letzte Schätzung im Juni. Hierbei wird neben einem deutlich geringeren Rückgang des BIP im laufenden Jahr bereits für 2021 mit positiven Wachstumsraten gerechnet, so dass bereits im 3. Quartal 2021 die Wirtschaftsleistung ihr Vorkrisenniveau erreichen könnte.

Tobias Bleich
DZ BANK AG

Nützliche Adressen

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Mosfilmowskaja 56
119285 Moskau
Russische Föderation
Tel.: 007 495 937 95 00
emb@mosk.diplo.de
<http://www.moskau.diplo.de>

DZ BANK AG Moscow Representative Office

Podkopaevskij per. 4
109028 Moskau, Russia
Tel.: 007 495 721 3160
carmen.heinrichs@dzbank.ru

Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (Büro Moskau)

Business-Center Fili Grad
Beregovoy Proezd 5A K1, Etage 17
121087 Moskau
Russische Föderation
Tel.: 007 495 234 49 50
ahk@russland-ahk.ru
<http://russland.ahk.de>

Eckdaten für den Export nach Russland

Bevölkerung:
146,8 Millionen

Hauptstadt:
Moskau

Währungseinheit:
1 Russischer Rubel = 100 Kopeken
ISO-Code: RUB

Wichtige Feiertage:
01. Januar Neujahr
07. Januar Russisch-orthodoxes
Weihnachtsfest
23. Februar Tag des Vaterlandsverteidigers
08. März Weltfrauentag
01. Mai Tag des Frühlings und der Arbeit
12. Juni Tag Russlands
04. November Tag der nationalen Einheit
des Volkes

Zollflughäfen:
Bratsk, Brjansk, Irkutsk, Juschno-
Sachalinsk, Kazan, Moskau,
St. Petersburg, Ufa, Ulan-Ude u.a.

Wichtige Seehäfen:
Archangelsk, Kaliningrad, Magadan,
Murmansk, Nakhoda, Noworossijsk,
St. Petersburg, Wyborg u.a.

Korrespondenzsprachen:
Russisch, Englisch, Deutsch

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):
Harmonisiertes System, Verzollung nach
dem Transaktionswert.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Von Lieferung auf offene Rechnungen wird
abgeraten; Zahlung gegen unwiderrufliches,
bankbestätigtes Dokumentenakkreditiv
oder Vorkasse. Bei Vorauszahlung sind
jedoch die russischen devisarechtlichen
Bestimmungen zu beachten. Üblicherweise
wird unverzollt und unbesteuerter vereinbart.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
4 von 7
Es bestehen keine formellen Deckungs-
einschränkungen.

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

„Wir hatten immer wieder weltweite Pandemien“

Die Strategien zur Bekämpfung der Pandemie unterscheiden sich weltweit stark. Der Virologe Prof. Hans-Dieter Klenk erklärt, was wir Europäer von den Asiaten lernen können. Nicht nur das kommunistische China, auch demokratisch organisierte Länder wie Japan, Südkorea und Taiwan waren mit ihren Strategien in puncto Pandemie-Bekämpfung bislang recht erfolgreich. Der renommierte Experte sagt aber auch: „Die nächste Pandemie kommt bestimmt.“

VR International: Herr Professor Klenk, das Auftauchen des ersten neuartigen Coronavirus jährt sich bald das erste Mal. Ein Teil der asiatischen Länder war uns bei der Virusbekämpfung zu Beginn weit voraus, etwa Japan und Südkorea, aber auch China. Was haben diese Länder besser gemacht?

Hans-Dieter Klenk: Die asiatischen Länder sind bei der Bekämpfung des Virus unheimlich effizient vorgegangen. Aus virologischer Sicht war das vorbildlich. Die Region rund um Wuhan wurde sofort abgeriegelt – und Quarantänemaßnahmen eingeleitet. Sie müssen sehen, dass diese Stadt eine 11-Millionen-Metropole ist. Ein solch enges Zusammenleben gibt es bei uns in Europa nicht – und wenn, dann nur im Kleinen. Auch außerhalb von Wuhan hatten die Chinesen Covid-19 relativ schnell im Griff. Man muss natürlich berücksichtigen, dass dabei Freiheitsrechte auf der Strecke geblieben sind und der Datenschutz eigentlich keine Rolle spielt. Auch die offiziellen Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Aber aus rein virologischer Sicht war die Eindämmung der Pandemie in Asien schon sehr effektiv.

VR International: Warum hatte Asien einen Vorsprung bei der Bekämpfung des Virus?

Hans-Dieter Klenk: Weniger in China, aber vor allem in Japan gibt es von Haus aus schon mal eine ganz andere Kultur des Abstandhaltens und der Reserviertheit. Zweitens liegt die erste Sars-Welle, die 2002/2003 von China und angrenzenden Gebieten ausging, noch nicht allzu lange zurück. Das war damals für die Chinesen ein schwerer Schock, weil das Land auf den Ausbruch nicht vorbereitet war. Er war aber noch sehr in den Köpfen, als jetzt Covid-19 auftrat – und man hatte jetzt viel mehr Erfahrung im Umgang mit einer Pandemie.

VR International: Inwiefern ist das so?

Hans-Dieter Klenk: Noch in den 1970er Jahren spielte die chinesische Virusforschung im internationalen Vergleich eine untergeordnete Rolle. Die USA waren führend, auch Europa – speziell Deutschland und Großbritannien – sowie Japan haben vorne mitgespielt. Irgendwann hat der chinesische Staat richtigerweise entschieden, dass sich dies ändern müsse. Daraufhin wurde viel investiert. Junge Forscherinnen und Forscher wurden in die Vereinigten Staaten und nach Europa geschickt. Dort haben sie binnen kürzester Zeit unheimlich viel dazugelernt. Bis dieses Wissen in China ankam, hat es zwar etwas gedauert. Aber letztlich konnte das Land nach und nach bei der Biomedizin aufholen. Den entscheidenden Sprung nach vorne hat dann Sars gebracht.

VR International: Was war der Auslöser dafür?

Hans-Dieter Klenk: Weil diese Pandemie den Chinesen die Notwendigkeit der Bekämpfung von virusbedingten und anderen Infektionskrankheiten noch einmal eindrucksvoll vor Augen geführt hat. Ich konnte das hautnah beobachten. Noch während des Sars-Ausbruchs bin ich 2003 mit einer Gruppe von Forschern – darunter übrigens auch Christian Drosten – nach Beijing geflogen. Dort haben wir uns mit der einheimischen Wissenschaft intensiv ausgetauscht. Ab diesem Zeitpunkt gab es eine tiefgreifende, kontinuierliche Kooperation, von der beide Seiten in starkem Maße profitiert haben. Wie schnell und effizient die Chinesen in den auf Sars folgenden zehn Jahren virologische Forschungs- und Reaktionsstrukturen aufgebaut haben, ist einmalig.

VR International: Gibt es etwas, bei dem wir China voraus sind?

Hans-Dieter Klenk: Bei der Berücksichtigung persönlicher Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten sind wir dem chinesischen Staat sicher weit voraus. Das dortige

Interview mit ...

Prof. Dr. Hans-Dieter Klenk

Der international bekannte Virologe forscht seit Jahrzehnten über zoonotische Viren, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden und schwere Krankheiten auslösen können.



Krankenhauswesen kann ich aus der Ferne nicht seriös beurteilen. Aber die medizinische Versorgung durch unsere Kliniken und Praxen ist schon auf höchstem Niveau – auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA. Mit unserer virologischen Forschung sind wir ebenfalls seit Langem vorne mit dabei. Wie bereits betont, gehört China aber hier jetzt auch zur Weltspitze. So kommen mittlerweile 30 bis 40 Prozent der Fachbeiträge in den führenden Journals aus China.

VR International: Auch Länder wie Japan, Südkorea und Taiwan waren mit ihren Strategien in puncto Pandemie-Bekämpfung bislang sehr erfolgreich. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Hans-Dieter Klenk: Dass man dem Virus auch beikommen kann, ohne Menschen- und Freiheitsrechte mit Zwang zu opfern. Aber natürlich gibt es im Pandemie-Fall auch deutliche Einschränkungen für die Bevölkerung dieser Länder. Sie waren nur deshalb so erfolgreich, weil die Bürgerinnen und Bürger zum allergrößten Teil hinter den staatlichen Maßnahmen standen und immer noch stehen. Auch gibt es in den von Ihnen genannten Ländern keine solch großen Gruppen wie etwa in Deutschland, die die Gefahr von Sars-Cov-2 leugnen und die staatlichen Maßnahmen infrage stellen.

Are you ready for BREXIT?

Am 31. Januar haben die Briten die Europäische Union verlassen. In der Übergangsphase wird das Vereinigte Königreich bis zum 31. Dezember 2020 weiterhin Teil des Europäischen Binnenmarkts sein. Noch ist unklar, ob es bis zum Ende der Übergangsphase gelingt, dauerhaft die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien zu regeln.

Klar ist bereits jetzt: Die Unternehmen müssen sich auf Veränderungen einstellen. Insbesondere im Warenverkehr wird es eine Reihe von Verschlechterungen geben. Die Vorbereitungen in den Unternehmen auf den Brexit können umfangreich sein – abhängig unter anderem vom künftigen Engagement in Großbritannien, von der Unternehmensgröße und der Branche. Diese Checkliste soll zeigen, wo Anpassungsbedarf in den Unternehmen herrscht. *Quelle: DIHK*

Checkliste Brexit

1. Zollförmlichkeiten

- Voraussetzungen: Wir haben die personellen, administrativen und technischen Voraussetzungen für das Erstellen und Verwalten von Zollanmeldungen im eigenen Unternehmen geschaffen (z. B. EORI-Nummer beantragt, ATLAS-Nutzerkonto für die Abgabe elektronischer Zollanmeldungen eingerichtet, elster-Zertifikat beantragt).
- Praxis: Wir haben uns mit der praktischen Erstellung von Zollanmeldungen befasst (Angabe der Warentarifnummer gemäß EU-Zolltarif, Angabe der betreffenden Kodierungen für Zollverfahren gemäß Merkblatt für Zollanmeldungen).
- Sonstige Dokumente: Wir haben uns informiert, welche sonstigen Dokumente für die Zollabwicklung erforderlich sind (z. B. IHK-Ursprungszeugnis, Rechnung, Zollwertanmeldung (einfuhrseitig)).
- Zollabfertigung: Wir sind mit dem Ablauf der praktischen Zollabfertigung (Gestellung, Zollkontrolle etc.) bei den zuständigen Zollämtern vertraut.
- Wertschöpfungsketten: Wir haben Möglichkeiten bedacht, bisher bestehende Wertschöpfungsketten mit UK weiterzuführen und ggfs. durch besondere Zollverfahren abzudecken (z. B. Aktive u. Passive Veredelung).
- Vorübergehende Verwendung in UK: Wir wissen, dass nach dem Brexit für vorübergehende Warensendungen nach UK entweder ein förmliches Zollverfahren oder alternativ das Carnet-ATA-Verfahren zu nutzen ist.
- Wir sind uns der Möglichkeit bewusst, einen externen Zolldienstleister mit der Bearbeitung der o. g. Zollformalitäten zu beauftragen.

2. Verbote und Beschränkungen

- Vorschriften: Wir haben uns mit den geltenden Kontrollvorschriften der EU und Deutschlands zu Verboten und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Drittstaaten vertraut gemacht (z. B. Prüfung der Güter, Prüfung der Warenempfänger, Prüfung des Verwendungszwecks).
- Genehmigungen: Uns sind die für die Anzeige bzw. Genehmigung von Ausfuhren und/oder Einfuhren zuständigen Stellen ebenso bekannt wie der Prozess der Antragstellung (z. B. BAFA, Umweltbundesamt, Landesämter für Lebensmittelsicherheit) und die Anforderungen an unternehmenseigene Compliance-Strukturen (Benennung eines Ausfuhrverantwortlichen, Erstellung einer Arbeits- und Organisationsanweisung zur Exportkontrolle). Wir sind darauf vorbereitet, dass mit dem Austritt aus der EU britische Unternehmen nicht mehr als Importeure gelten, so dass bei Warensendungen aus UK die Anzeigepflicht auf deutsche Unternehmen übergeht.

3. Zölle und Ursprungsregeln

- Zollsätze: Wir sind uns bewusst, dass für unsere Produkte WTO-Zölle bei der Einfuhr bzw. Ausfuhr anfallen können, sollten die EU und UK kein bilaterales Freihandelsabkommen abschließen.
- Ursprungsregeln: Für den Fall eines künftigen Freihandelsabkommens zwischen der EU und UK beabsichtigen wir, Zollpräferenzen in Anspruch zu nehmen. Diesbezüglich bereiten wir uns auf die Kalkulationen des präferenziellen EU-Ursprungs entlang von noch zu definierenden Ursprungsregeln sowie die Ausfertigung von Ursprungsnachweisen vor.
- Lieferantenerklärungen: Wir berücksichtigen, dass EU-interne Lieferantenerklärungen (LE) und Langzeit-Lieferantenerklärungen (LLE) für Waren mit Präferenzursprungseigenschaft nach dem Brexit weder an noch durch britische Unternehmen ausgestellt werden dürfen.
- Vormaterialien: Unser Unternehmen bezieht Vormaterialien zur Weiterverarbeitung aus UK. Nach dem Brexit tragen diese Materialien nicht länger zum Erreichen des präferenziellen EU-Ursprungs des Enderzeugnisses bei. Mit Blick auf den möglichen Verlust des für den Handel mit anderen Abkommenspartnern der EU (z. B. Südkorea, Südafrika) relevanten Präferenzursprungs haben wir unsere Zulieferstrukturen und die Möglichkeit einer Verlagerung von Standorten von UK in andere EU-27-Länder analysiert.

4. Luftverkehr

- Luftfracht: Wir haben uns über die möglichen Störungen in den Flugplänen informiert. Wir wissen auch, dass einige Fluggesellschaften bereits in ihren AGBs eine Brexit-Klausel aufgenommen haben, wonach Flugtickets nach UK ihre Gültigkeit verlieren können.

5. Straßengüterverkehr

- Es ist uns bewusst, dass wir uns auf erhöhten bürokratischen Aufwand bei Lieferungen per Straßengüterverkehr einstellen sollten. Dies wird auch verbunden sein mit deutlich längeren Wartezeiten an der Grenze zu UK sowie bei Hafenterminals etc.
- Unser Unternehmen hat die Notwendigkeit geprüft, auf einen britischen Spediteur zu wechseln.

6. Finanzdienstleistungen

- Wir haben unsere Betroffenheit geprüft, um durch Anpassung unserer Geschäftsbeziehungen möglichen Kalamitäten weitestgehend aus dem Weg zu gehen.

7. Investitionen

- Wir sind uns bewusst, dass es - bis es zu einem eventuellen Abschluss eines Schutzabkommens kommt - keine Garantien hinsichtlich des Marktzugangs und des Verbots der Beschränkung des Kapital- und Zahlungsverkehrs für Investitionen im Vereinigten Königreich gibt.

8. Personenfreizügigkeit

- Wir sind darüber informiert, dass die Beendigung der Personenfreizügigkeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU voraussichtlich zur Folge haben wird, dass für Personen, die nach dem Brexit nach Großbritannien gehen, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen notwendig werden.
- Dadurch, dass wir unsere Mitarbeiter regelmäßig in das Vereinigte Königreich entsenden, sind wir uns bewusst, dass wir in neuen Verträgen Auffangklauseln für die Übernahme daraus entstehender Mehrkosten vorsehen sollten.
- Wir haben in Betracht gezogen, dass nach dem Brexit ein Visum zur Entsendung von Arbeitnehmern nötig werden kann.

9. Überprüfung neuer und laufender Verträge

- Neue und laufende Verträge sollten mit Blick auf die mit dem Brexit verbundenen Risiken sorgfältig überprüft werden.

10. Schutzrecht

- Wir wissen, dass spätestens nach dem Brexit gewerbliche Schutzrechte in Großbritannien national oder über IR-Marken angemeldet werden müssen, um Schutzrechte auch für den Geltungsbereich von Großbritannien zu erlangen.

11. CE-Kennzeichnung

- Unser Unternehmen bringt CE-konforme Produkte im Vereinigten Königreich in Verkehr. Mit Rücksicht darauf prüfen wir, ob sich die Standards im Bereich Produktsicherheit im Vereinigten Königreich nach dem Brexit verändern. Falls ja, werden wir uns den dortigen Produktsicherheitsanforderungen anpassen.

12. Produktnormen und Standards

- Wer die zusätzlichen Kosten für Prüf- und Zertifizierungsanforderungen zu tragen hat, ist in den meisten Fällen in bestehenden Verträgen geregelt. In neuen Verträgen stellt unser Unternehmen sicher, dass die Parteien die bereits bekannten und zu erwartenden Kosten so genau wie möglich aufteilen.

13. Einfuhrumsatzsteuer

- Wir achten verstärkt auf die Dokumentationspflichten und auf die korrekte steuerliche Abbildung der Warenbewegungen in Umsatzsteuerermeldungen.
- Wir sind uns bewusst, dass Lieferungen von Deutschland nach Großbritannien in Zukunft steuerfreie Ausfuhrlieferungen sind und dass für Importe aus UK (abzugsfähige) Einfuhrumsatzsteuer fällig wird. Dies wird voraussichtlich zu höheren Kosten für uns führen. Es gelten andere Herkunftsnachweise. Anträge auf Vorsteuervergütung müssen UK-Unternehmen nun in deutscher Sprache stellen. Hierfür gilt eine um drei Monate verkürzte Frist.
- Uns ist bekannt, dass beim Dienstleistungsverkehr die Unternehmereigenschaft nicht mehr mittels der UStIdNr. geführt werden kann.



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DZ BANK AG, Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
 Redaktion: MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG
 Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
 Objektleitung: Andreas Köller, DG VERLAG, E-Mail: akoeller@dgverlag.de
 Verlag: Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
 Vertreten durch den Vorstand:
 Peter Erlebach (Vorsitzender), Franz-J. Köllner, Marco Rummer
 Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
 Bildnachweis: Shutterstock, Rödl & Partner, DZ BANK AG, NEUSSELMARTIN, Prof. Dr. Hans-Dieter Klenk
 Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Deutschen Genossenschafts-Verlages eG zulässig.
 ISSN 2195-206X
 VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
 Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
 Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.